

Was bringt die Rente mit 67? Konsequenzen für Versicherte, Rentensystem und Arbeitsmarkt

Berlin, den 14. Dezember 2006

Die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre soll das Rentenversicherungssystem finanziell stabilisieren und eine gerechtere Lastenverteilung zwischen den Generationen herbeiführen. Die aktuelle DIA-Untersuchung „Rente mit 67 – Konsequenzen für Versicherte, Rentensystem und Arbeitsmarkt“ zeigt, welche Auswirkungen zu erwarten sind.

“Die Rente mit 67 dämpft langfristig den Anstieg von Rentenausgaben und Beitragssätzen und verschafft so künftigen Generationen mehr Spielraum für private Altersvorsorge. Dennoch werden auf lange Sicht die Beitragssätze die gesetzlichen Zielvorgaben überschreiten, es sei denn, der Bundeszuschuss steigt noch stärker als bisher vorgesehen.“ Zu dieser Einschätzung gelangen Adrian Ottnad und Professor Dr. Reinhold Schnabel, die Autoren der vom IWG BONN im Auftrag des Deutschen Instituts für Altersvorsorge (DIA) erarbeiteten Studie. Zugleich fordern sie die verfassungsrechtlich fragwürdige Ausnahmeregelung zugunsten Versicherter mit mindestens 45 Versicherungsjahren fallen zu lassen. Sie gefährde die positiven Wirkungen der Rente mit 67. Ungewiss ist für Ottnad und Schnabel, ob die Anhebung der Regelaltersgrenze vor allem zu einem späteren Renteneintritt führt oder ob es vorwiegend zu Kürzungen der durchschnittlichen Rentenzahlungen aufgrund höherer Abschläge kommt. "Dabei ist zu bedenken, dass das tatsächliche Renteneintrittsalter, das heute unter Einschluss von Erwerbsminderungsrenten durchschnittlich bei etwa 61 Jahren liegt, wegen wegfallender Frühverrentungsmöglichkeiten in den nächsten Jahren ohnehin steigen wird."

Arbeitsplätze für Ältere?

Die entscheidende Frage ist, ob es künftig genügend Arbeitsplätze für ältere Erwerbstätige geben wird. "Schon wenn nur jeder Dritte 55- bis 66-Jährige arbeiten wollte, würden heute 1,8 Millionen Arbeitsplätze zusätzlich benötigt“, rechnen die Autoren vor. Auch wenn die Zahl der Erwerbspersonen demographiebedingt bis 2029 um 1,2 bis 3,8 Millionen zurückgehen dürfte, wäre mit der heutigen Zahl von Arbeitsplätzen auch dann Vollbeschäftigung nicht garantiert. Vor allem sei eine grundlegende Änderung der Beschäftigungskultur erforderlich. Die Unternehmen müssten bereit sein, einen großen Teil ihres Arbeitskräftebedarfs aus dem Potential älterer Erwerbspersonen zu decken. Heute stellen 40 Prozent der Unternehmen aus grundsätzlichen Erwägungen keine über 50-Jährigen ein und halten über 60-Jährige mitunter als ungeeignet für anspruchsvolle Tätigkeiten. 2029 müssten bis zu fünf Millionen mehr ältere Arbeitnehmer als heute eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung finden.

Beschleunigter Renditerückgang

Hinzu kommt, insbesondere für die Geburtsjahrgänge 1960 bis 1980, ein beschleunigter Renditerückgang der gesetzlichen Rente. Nach bisherigem Recht sinken die realen Renditen der Frauen von heute rund 2,2 Prozent langfristig auf 1,0 bis 0,6 Prozent, die der Männer von rund 1,2 Prozent auf höchstens 0,4 Prozent bis minus 0,1 Prozent. Bisher mussten unter ungünstigen Bedingungen nach 1985 geborene Männer mit realen Einbußen rechnen. Dies gilt nun schon für Männer, die nach 1965 geboren worden sind. Ihre reale Rendite sinkt – ähnlich wie die der Frauen gleichen Jahrgangs – um rund 0,2 Prozentpunkte. Die vorgenannten Renditen beziehen sich jeweils auf 80 Prozent der einbezahlten Rentenbeiträge lediger westdeutscher Eckrentner (Durchschnittsverdiener, 45 bzw. 47 Beitragsjahre). Nicht berücksichtigt sind dabei die wachsenden Steuerlasten, die die Versicherten zur Finanzierung der Renten zu tragen haben. Sie mindern die Renditen langfristig um weitere 0,2 bis 0,4 Prozentpunkte.

Mehr private Altersvorsorge

Wer nach Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre im gleichen Alter wie bisher in Rente gehen muss oder gehen will, muss, um die höheren Abschläge auszugleichen, erhebliche Ersparnisse bilden. Konkret müssen beispielsweise ledige Männer des Jahrgangs 1964 bei einem Renteneintritt mit 65 Jahren zwischen 14.000 und 19.500 Euro, Frauen, aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung, sogar zwischen 16.500 und 23.000 Euro sparen, wenn eine Verzinsung von 3,5 bis 5,0 Prozent unterstellt wird. Dafür müssten sie ab 2010 monatlich zwischen 40 und 70 Euro zurücklegen.

IWG-Leiter Prof. Dr. Meinhard Miegel: „Für viele Beschäftigte dürfte sich eine Mischstrategie anbieten. Sie arbeiten länger und sorgen gleichzeitig verstärkt privat vor.“ Dadurch könnte eine Minderung der Altersversorgung vermieden werden. "Längeres Arbeiten", so DIA-Sprecher Bernd Katzenstein, „setzt allerdings voraus, dass – abgesehen von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – die Beschäftigten in ihre Beschäftigungsfähigkeit investieren und sich auch in fortgeschrittenem Alter beruflich fortbilden.“

Die Studie „Rente mit 67 – Konsequenzen für Versicherte, Rentensystem und Arbeitsmarkt“ kann unter www.dia-vorsorge.de angefordert werden.

Für Rückfragen und weitere Informationen wenden Sie sich bitte an DIA-Sprecher Bernd Katzenstein, Telefon: 0221 / 1 61 21 13 oder per E-Mail an katzenstein@dia-vorsorge.de.